

Die Mordserie gegen Migranten kommt zu einem Zeitpunkt, wo die rechtsradikale Ideologie an Einfluss verliert. Doch gleichzeitig vermehren sich die monströsen Grausamkeiten einzelner Gruppen und Täter

Gewaltbereitschaft

Von Gerd Held

Die Untersuchung der Taten der Zwickauer Mordbande ist noch nicht zu Ende geführt. Doch schon wird in der öffentlichen Diskussion ein recht einseitiges, bisweilen gespenstisches Bild gezeichnet. Man muss den Eindruck bekommen, in Deutschland gebe es wieder eine NS-Bewegung, die sogar in den Sicherheitsbehörden auf eine geheime Sympathie stößt. Gewiss sind solche Übertreibungen angesichts der Schwere der Vorgänge verständlich, doch droht hier eine Gefahr: Je weiter die Kreise gezogen werden, umso weniger spielt der harte Kern der Taten eine Rolle. Während die Generaldebatte über die braune Gefahr gepflegt wird, gerät die viel wichtigere Frage ins Hintertreffen, wie einer Gewalt begegnet werden kann, die sich offenbar von keiner gesellschaftlichen Abscheu beeindrucken lässt. Denn an dieser Tatsache kommt man nicht vorbei: Die Mordserie mit ihrer kalt-planvollen Menschenvernichtung geschah in einer Zeit, in der der Rechtsradikalismus politisch an Einfluss nicht gewonnen sondern verloren hat. Die NPD hat in unserem Land politisch weitgehend abgewirtschaftet. Doch die Gewalt scheint dadurch nur umso rücksichtsloser und hinterhältiger zu werden.

Deshalb wird die Vorstellung, eine Auseinandersetzung mit dem ideologischen Gebräu „in den Köpfen“ wäre das wichtigste Mittel, um mit dieser Bedrohung fertig werden, dem Ernst der Lage nicht gerecht. Wir müssen mit einem neuen Typus willkürlicher Gewalt rechnen, der nicht nach irgendeiner Ermächtigung durch Ideologien fragt. Mit dem rechten (oder lin-

ken) Totalitarismus des vorigen Jahrhunderts hat dieser Typus wenig gemein. Die neuen Gewalttäter brauchen die Aufmärsche und schnarrenden Parolen nicht, ihr eigentliches Operationsfeld liegt im Verborgenen. Es geht um eine Selbstermächtigung. Um den Rausch, sich zum Scharfrichter über ein fremdes Leben zu erheben und es auszulöschen. Die Willkür ist ihr Programm und in diesem Sinn ist es auch politisch: Sie nehmen für sich ein Recht auf Bestialität in Anspruch. Das war auch bei der monströsen Hinrichtungstat des Norwegers Breivik der Fall. Die Schwafeleien, die er zu Papier gebracht hat, kann man vergessen. Aber das kühltriumphierende Lächeln, das er noch aus dem Polizeiwagen zur Schau stellte, sollte man sich merken.

Schaut man einmal wirklich auf diese Gewalt, entdeckt man Parallelen zu einer Reihe anderer Phänomene. Das Video, das den U-Bahn-Schläger Thorben P. zeigt, verrät die Lust am Zertreten eines Mitmenschen, der schon hilflos am Boden liegt. Irgendeine Ideologie war dabei nicht einmal von ferne im Spiel – so wenig wie beim Amokläufer von Winnenden. Die Brandanschläge auf Autos und Bahnanlagen in Berlin sind zwar weniger blutig, aber auch hier ist der kurze Machtrausch der „geilen“ Gewalttat am Werk. Sicher waren hier Versatzstücke linker Ideologie im Spiel, bisweilen nur schlichte soziale Ressentiments. Daher war es keine hilfreiche Idee, diese Anschläge als Wiederkehr eines Linksterrorismus zu deuten. (gestrichen: Aber) Das Moment, das Menschen so bedenkenlos und willkürlich zur Gewalt

greifen ließ, wurde damit nicht getroffen. Und nun wird aus den Fußballstadien eine neue Welle der Gewalt gemeldet, die heftiger und rücksichtloser agiert als jemals zuvor.

Gewiss muss man sich vor pauschalen Gleichsetzungen hüten. Die erwähnten Gewaltphänomene sind alle verschieden – sie finden sich in unterschiedlichen Gesellschaftskreisen und haben mehr oder weniger deutliche Feindbilder. Und nicht alle Taten wiegen gleich schwer. Und doch gibt es eine Gemeinsamkeit: die Willkür der Gewalt. Die Häufung von Vorfällen, die von dieser neuen Willkür zeugen, ist nicht mehr zu übersehen. Es macht keinen Sinn, das Problem wegzudiskutieren. Eine menschenverachtende Verrohung will die Realität unseres Landes mitbestimmen. Dies ist eine neue Lage. Das Wort „Krieg“ ist sicher zu groß, aber es ist schon ein erheblicher Angriff, dem das Gewaltmonopol des Staates ausgesetzt ist. Der Angriff ist unübersichtlich, mit vielen Schauplätzen, mit marodierenden Einzeltätern und Banden. Hier ist es zu Niederlagen des Staates gekommen. Die Willkür hat ein Stück Macht erobert und nimmt Einfluss auf das Alltagsleben vieler Menschen. Eine beträchtliche Zahl von Busfahrern, Postboten oder Lehrern lebt mit der Erfahrung, dass sie schon einmal im Dienst angegriffen wurden und die Täter davorkamen. Polizeibeamten berichten von NoGoAreas, in denen sie nicht mehr normal Streife gehen können. Schüler machen sich mit Angst auf den Schulweg. Berufstätige meiden abends bestimmte S-Bahnhöfe. Mancher Ladeninhaber hat inzwischen eine leise Sorge im Blick, wenn ein unbekanntes Gesicht sein Geschäft betritt.

Die über Jahre unentdeckte Mordserie an Migranten muss Anlass sein, das Gewaltproblem in unserem Land endlich ernst zu nehmen. Das ist keine Staatskrise, aber manches Phänomen erinnert an eine Vergangenheit, in der der Staat sein Gewaltmonopol erst durchsetzen musste. Tatsächlich muss unsere Demokratie an manchen Stellen ihren Landfrieden erneuern. Das ist kein Grund für Weltuntergangsstimmung, die Waffen des Rechtsstaats sind da. Aber man muss von ihnen auch Gebrauch machen. Nicht die Kommunikationsfähigkeit des Staates ist hier gefragt, sondern seine Sanktionsfähigkeit. Gerade angesichts der zynischen Kälte, mit der die Gewalttaten vollbracht werden, braucht es kalte Gegenmittel. Die kühle Mechanik des Rechtsstaats, die ohne Geschwafel und Verstehen-Wollen dem Gesetz Geltung verschafft, ist hier ein Vorzug. Wachsamkeit gegen rechtsradikale Propaganda ist gut, aber jetzt wird ein Staat gebraucht, der sein Gewaltmonopol ernst nimmt.

Die Anhörung der Sicherheitsbehörden im Innenausschuss des Bundestags hat eine erschreckende Häufung von Fehlern und Nachlässigkeiten zu Tage gefördert. Auch alle möglichen strukturellen Fehler hat man nun entdeckt. Eigentlich hatte die amtierende Bundesregierung unter beifälligem Nicken der Opposition das Thema „Innere Sicherheit“ zu einem Sekundärthema dieser Legislaturperiode degradiert. Sicherheitspolitik wurde der Sozial- und Bildungspolitik untergeordnet. Die unfreundlichen Botschaften, die profilierte Innenpolitiker oft überbringen müssen, waren nicht mehr gefragt. Doch nun wird deutlich, dass diese Fehlauflistung unser Land wertvolle Zeit gekostet hat.

(Manuskript vom 24.11.2011, erschienen als Essay in der Tageszeitung DIE WELT vom 25.11.2011 unter der Überschrift „Wiederkehr der Willkür“)